Informationen zur Ausführung des Haushalts 2010

Wie in der vorhergehenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses kann ich Ihnen auch heute erneut von einer erfreulichen Entwicklung bei den Gewerbesteuererträgen berichten. Augenblicklich liegen die Gesamterträge bei 26,6 Mio. €. Die Mehrerträge haben sich damit gegenüber der Haushaltsplanung um weitere 1,2 Mio. € auf aktuell 3,6 Mio. € erhöht. Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage ergibt sich hieraus eine Verbesserung von netto knapp 3,0 Mio. € für den laufenden städtischen Haushalt. Bei der Haushaltsplanung 2011 haben wir deshalb als Basiswert für 2010 auch schon Mehrerträge in Höhe von 4 Mio. € brutto berücksichtigt. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass das derzeitige Gewerbesteueraufkommen noch um 2 Mio. € unter dem Ergebnis des Jahres 2008 und sogar um 4,8 Mio. € unter dem Ergebnis des Jahres 2007 liegt.

In der letzten Sitzung hatte ich Sie außerdem über den geplanten Nachtrag der neuen Landesregierung zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2010 informiert. Inzwischen liegen der Gesetzentwurf und eine erste Proberechnung vor. In der Summe bleibt es bei den von uns geschätzten Mehrerträgen von rund 1 Mio. €, die Aufteilung auf allgemeine Schlüsselzuweisung und Investitionspauschale verändert sich aber aufgrund unterschiedlicher Prozentanteile im ursprünglichen GFG und im jetzigen Nachtrag. Die Schlüsselzuweisung erhöht sich um 925 T€ auf 28,88 Mio. € und die Investitionspauschale um 159 T€ auf 1,86 Mio. €. Art. 2 des Gesetzentwurfes sieht vor, dass die Zahlungen an die Kommunen nicht umlagerelevant sind. Eine höhere Kreisumlage ist somit nicht zu zahlen und es ergibt sich eine Nettoentlastung von 1 Mio. €. Auch die sich aus dem Nachtrag ergebende höhere Schlüsselmasse ist als Grundbetrag bereits in unsere Haushaltsplanung für 2011 bis 2014 eingeflossen. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob der Gesetzesentwurf der Landesregierung im Landtag die notwendige Mehrheit findet.

Zusammenfassend betrachtet beträgt die Verbesserung im laufenden städtischen Haushalt 4,0 Mio. €. Dem muss allerdings der seinerzeit bereits angesprochene Mehrbedarf im Bereich des Jugendamtes von bis zu 0,4 Mio. € gegengerechnet werden, so dass sich augenblicklich eine effektive Verbesserung von 3,6 Mio. € abzeichnet.